

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



freitag, 19. juni 1970

blatt 1841

wien-ausstellung nach luxemburg und paris

1 wien, 19.6. (rk) die ausstellung 'phantastischer realismus' (100 handzeichnungen, aquarelle und druckgraphiken aus dem besitz des kulturamtes der stadt wien), die bei den wiener wochen in strassburg gezeigt wurde, hat in kunstkreisen westeuropas grosses aufsehen erregt. die stadt wien traegt diesem interesse rechnung: freitag nachmittag wurde dieselbe ausstellung im staatsmuseum in luxemburg vom oesterreichischen botschafter dr. franz weidinger eroeffnet. sie wird dort einen monat lang zu sehen sein und uebersiedelt anschliessend nach paris.

an der eroeffnung in luxemburg nahm in vertretung von vizebuengermeister gertrude sandner gemeinderat franz ascherl teil, fuer das kulturamt der zustaeendige referent, obermagistratsrat dr. robert waiszenberger.

0910

## neue schoeffen- und geschworenenlisten

2 wien, 19.6. (rk) in allen haeusern wird in den naechsten tagen eine kundmachung des buergermeisters ueber die aufstellung neuer schoeffen- und geschworenenlisten angeschlagen. die erfassung der personen, die fuer das amt eines schoeffen oder geschworenen geeignet sind, erfolgt alle vier jahre.

die hauseigentuemmer oder ihre stellvertreter (hauswarte) werden zu diesem zweck ersucht, zwischen 22. juni und 1. juli 1970 im zustaeendigen magistratischen bezirksamt (alle werktage ausser samstag waehrend der amtsstunden) die entsprechenden drucksorten abzuholen und diese den in frage kommenden hausbewohnern zu uebergeben. das betrifft alle oesterreichischen staatsbuenger, die mindestens 30 jahre alt sind, also bis zum geburtsjahrgang 1940. aus einem aufdruck auf der rueckseite des formblattes ist ersichtlich, wer nicht zur ausfuellung dieses blattes verpflichtet ist, dazu gehoeren zum beispiel alle aktiven bediensteten des bundes und der laender, also auch der stadt wien. die ausgefuellten formblaetter sind im kuvert, das gleichzeitig ausgegeben wird, zu verschliessen und bis 6. juli 1970 beim hauseigentuemmer oder dessen stellvertreter oder direkt beim magistratischen bezirksamt abzugeben. naehere einzelheiten sind aus der eingangs erwaehnten kundmachung ersichtlich, die beim abholen der drucksorten dem hauseigentuemmer oder dessen vertreter uebergeben wird und im haus an gut sichtbarer stelle anzuschlagen ist.

0912

die verkehrsmassnahmen der kommenden woche:

behinderungen in der ottakringer strasse

4 wien, 19.6. (rk) am montag wird nun mit den kanalbauarbeiten in der ottakringer strasse begonnen, die urspruenglich schon am vergangenen montag den anfang haetten nehmen sollen. der stadteinwaerts fuehrende verkehr der ottakringer strasse zum guertel muss ab veronikagasse durch die veronikagasse und die teleman--gasse fuer voraussichtlich sechs wochen umgeleitet werden.

linke wienzeile wieder frei

ab morgen, samstag frueh, wird die linke wienzeile wieder fuer den verkehr in richtung stadtauswaerts zur verfuegung stehen. die bauarbeiten gehen so rasch weiter, dass sie aller voraussicht nach - sollte kein schwerer regenfall oder ein maschinenschaden eintreten - heute abend abgeschlossen werden koennen. diese wichtige ausfallstrasse wird daher fuer den wochenendverkehr wieder zur verfuegung stehen.

1209

bezirksvertretungssitzungen der kommenden woche

3 wien, 19.6. (rk) in der kommenden woche finden folgende bezirksvertretungssitzungen statt:

dienstag, 23. juni: simmering, 15 uhr, 11, enkplatz 2, 1. stock, zimmer 112, sitzungssaal.

freitag, 26. juni: meidling, 16 uhr, 12, schoenbrunner strasse 259, 1. stock, sitzungssaal.

0923

Sitzung des Wiener Gemeinderates  
=====

Wien, 19.6. (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Bruno Marek trat der Wiener Gemeinderat Freitag vormittag zu einer Geschäftssitzung zusammen. Dem Gemeinderat lagen vier Anfragen der ÖVP und zwei Anfragen der DFP vor. Zusätzlich beschäftigt sich eine Anfrage der DFP mit einem angeblichen Versagen der Wiener Wahlbehörde bei der Nationalratswahl 1970. (Über den Antrag auf Verlesung und Besprechung der Anfrage erfolgt die Beschlußfassung nach Erledigung der Tagesordnung.)

Anträge der FPÖ, betreffend die Tagesordnung von nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates. Von der ÖVP betreffend die Anwendung der geschlossenen Bauweise beim Bau der Linie U1, die Verbreiterung der Augartenbrücke, die Anpassung von Verkehrsampeln an die örtlichen Lichtverhältnisse, die Anbringung von kleinen Verkehrsampeln in Sichthöhe der Kraftfahrer, einen allfälligen Baukostenzuschuß bei Absiedlungen im Rahmen des U-Bahnbaues und die Übermittlung der stenografischen Protokolle von Sitzungen des Gemeinderates alle der Gemeinderäte.

Parkraumprobleme im 3. Bezirk

Zu einer Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein Gebiet im 3. Bezirk (begrenzt von Marxergasse, Vorderer Zollamtsstraße, Radetzkystraße und Hinterer Zollamtsstraße) erklärte GR. Erlinger (SPÖ) als Berichterstatter, die Maßnahme erfolge im Zuge eines großen Bauvorhabens der Republik Österreich. Neue Gebäude für das Verkehrsministerium, das Zentralbesoldungsamt und das Statistische Zentralamt seien dort projektiert. Als Debattenredner gab GR. Dr. Schmidt (FPÖ) zu bedenken, daß solche Ämter - bekanntermaßen mit wenig Parteienverkehr - doch vielleicht sinnvoller am Stadtrand als auf einem so zentralen Areal errichtet werden sollten. Die beabsichtigte Anzahl von 1.050 Parkplätzen stelle zwar eine erfreuliche Übererfüllung der Bestimmungen des Wiener Garagengesetzes dar, sei aber dennoch unzureichend. Auch der Fachbeirat für Stadtplanung habe sich im April im ähnlichem Sinne geäußert.

Dr. Schmidt stellte den Antrag, die Stadt Wien möge mit der Republik Österreich gemeinsam weitere Untersuchungen anstellen, ob sich die Zahl der zu schaffenden Parkplätze nicht noch erhöhen lasse.

In der Abstimmung wurde der Antrag des Berichterstatters einstimmig angenommen, der FPÖ-Antrag dem Planungsausschuß zugewiesen.

#### Flutlichtanlage für Stadion

GR. Rosenberger (SPÖ) beantragt, für die Errichtung einer Zweimastflutlichtanlage im Wiener Stadion 7,6 Millionen zu genehmigen, hievon 2,5 Millionen als erste Rate. Ferner soll in diesem Zusammenhang der Abschluß eines Übereinkommens zwischen der Wiener Stadthalle-Kiba-Betriebs- und Veranstaltungsges.mBH. genehmigt werden.

GR. Dr. Tuma (DFP) bezeichnet es als Schildbürgerstreich, dem Gemeinderat einen Antrag zu einer Zeit vorzulegen, da das Vorhaben bereits durchgeführt ist. Der Gemeinderat müßte rechtzeitig mit den Dingen befaßt werden und außerdem müßte man so eine komplizierte Vorgangsweise, wie die Bauüberwachung der Wiener Stadthalle-Kiba zu übertragen und hierfür zu bezahlen, vermeiden. Man muß laut Vertrag für diese Überwachung nicht nur 2,5 Prozent der Bausumme bezahlen, sondern darüber hinaus die unter Umständen notwendig gewordene Heranziehung von Fachleuten. Das Vorhaben an sich begrüße seine Fraktion, da es weitere Möglichkeit bietet, den Spitzensport an die Bevölkerung heranzutragen.

GR. Herbert Mayr (SPÖ) verweist darauf, daß sich die Techniker bei der Errichtung der neuen Anlage, deren Besteller die Stadion-Betriebsgesellschaft war, auf kein Experiment eingelassen haben. Es wurden die Erfahrungen des Auslandes angewendet. Die Firma, die die Anlage errichtete, war vertraglich verpflichtet, für den Fall, daß das Zweimastenprojekt nicht ausreichend wäre, auf ihre Kosten eine Viermastanlage zu installieren. Es hat sich jedoch bereits bei einem Spiel, bei dem die Flutlichtanlage verwendet wurde gezeigt, wie gut sie sich bewährt. Der erste Abstattungsbeitrag für die Anlage ist am 1. Juli fällig und der vorliegende Antrag sei daher rechtzeitig eingebracht worden.

Der Redner verweist auf die großzügige Sportförderung durch die Stadt Wien. Allein auf der heutigen Tagesordnung stehen Anträge mit einem Gesamtbetrag von 20,9 Millionen Schilling für Zwecke der Sportförderung. 7 Millionen davon sind für den Bau eines Wasserballbeckens im Stadionbad bestimmt und 2,4 Millionen für den Bau eines Garderobenhauses und zur Instandsetzung des Eislaufplatzes in Simmering. 1970 wurden bis heute insgesamt 247,7 Millionen für den Bau, die Instandsetzung von Sportanlagen und für Subventionen an Sportverbände bewilligt. Alle Amateursportveranstaltungen sind vergnügungssteuerfrei. Fußballspiele und internationale Treffen, die derzeit noch steuerpflichtig sind, sollen durch eine geplante Gesetzesänderung ebenfalls von der Vergnügungssteuer befreit und den Verbänden sollen die abgelieferten Beträge refundiert werden. Die Stadtverwaltung wird für diesen Zweck auf Einnahmen in Höhe von ca 1,8 Millionen Schilling verzichten.

Im Rahmen der Sportförderung sind besonders die Aktionen "Lernt schwimmen" für die Kinder zu erwähnen, der Sportplatz der offenen Tür, die Zurverfügungstellung der Stadthalle für die Grundausbildung in einzelnen Sportarten, die "Fahrt zum Schnee" und das Jugendeislaufen sowie das Mutter- und Kind-Schwimmen.

GR. Rosenberger verzichtet auf das Schlußwort.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Subvention für Dokumentationszentrum

GR. Wiesinger (SPÖ) beantragte für das Kommunalwissenschaftliche Dokumentationszentrum, das im vergangenen Jahr in Zusammenarbeit von Stadt Wien, Städtebund und Zentralsparkasse gegründet wurde, eine Subvention in der Höhe von 600.000 Schilling.

Die Bedeutung des in der Windischgrätz-Villa in Penzing etablierten Dokumentationszentrums unterstrich Debattenredner GR. Rosenberger (SPÖ). Sein Aufgabenbereich konzentrierte sich auf vier Schwerpunkte: bibliographische Dokumentation, Planungsarbeit und Prognosen, Statistik, kommunalwissenschaftliche Information. Darüber hinaus könne das Dokumentationszentrum eine Stätte fruchtbaren Gedankenaustausches sein. Die Polemik einer ÖVP-Bezirkszeitung, die von einer mit Gemeindegeldern finanzierten "sozialistischen Hochburg" sprach, wies der Redner zurück. In drei Jahren werde das KWDZ seinen vollen Betrieb aufnehmen.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Ankauf von Bisamberggründen

GR. Margarete Tischler (SPÖ) referierte den Antrag, am Bisamberg von Otto Abensperg-Traun Grundstücke im Ausmaß von 558.658 Quadratmeter zu einem Quadratmeterpreis von 7.50 Schilling für Erholungs- und Naturschutzzwecke zu erwerben.

GR. Dr. Habl (ÖVP) anerkannte die Bemühungen der Stadtverwaltung, den Aufgaben der Sicherung von Erholungsgebieten gerecht zu werden, bemängelte jedoch das Fehlen eines langfristigen Erholungskonzeptes, wie es von seiner Partei schon 1964 beantragt worden sei. Im Rahmen dieses Konzeptes, das auf der Zusammenarbeit mit den anderen beteiligten Gebietskörperschaften basieren müsse, solle gegen unerwünschte Parzellierungen wie in Haltenleutgeben eingeschritten werden. Darüber hinaus sei die Anlage von Lager- und Spielwiesen, Wanderwegen und Autoabstellplätzen sowie die Aufstellung von Abfallkörben notwendig. Nur eine langfristige Planung könne die bestmögliche Nutzung der Erholungsflächen sichern.

Bgm. Marek erinnerte vom Vorsitz aus daran, daß er sich in letzter Zeit wiederholt öffentlich gegen die Verwendung von Giftstoffen im Wienerwald ausgesprochen habe. Nun habe ihm der Generaldirektor der Bundesforste Dr. Eggel in einem Gespräch mitgeteilt, daß diese Versuche eingestellt würden. In einem weiteren Gespräch habe ihm Generaldirektor Dr. Eggel ein Papier überreicht, das in gleicher Form auch dem Lande Niederösterreich übermittelt wurde. Darin erklären sich die Bundesforste bereit, im Umland Wiens Wiesenflächen und Parzellen gegen eine geringe Pachtgebühr der Stadt Wien für Erholungszwecke zur Verfügung zu stellen.

GR. Tischler verwies im Schlußwort darauf, daß die richtige Nutzung des Umlandes nicht nur von der Stadt Wien allein abhängen, sondern wesentlich von den Grundeigentümern bestimmt werde. Zur Zusammenarbeit mit anderen Gebietskörperschaften bestünden schon seit längerer Zeit Arbeitsausschüsse, in denen ständige Kontakte gepflegt würden.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

#### Dringliche Anfrage

Nach der Tagesordnung begründete GR. Dr. Tuma (DFP) den Antrag auf Verlesung und Besprechung jener DFP-Anfrage, die sich mit einem angeblichen Versagen der Wiener Wahlbehörde beschäftigte. Dr. Tuma meinte, die Wiener Wahlbehörde funktioniere einfach nicht: Besonders die Wählerverzeichnisse würden nicht in Ordnung gehalten. Seine Fraktion habe schon vor der Nationalratswahl 1970 darauf hingewiesen, daß auf den Unterschriftenlisten der NDP offenbar gefälschte Unterschriften vorhanden seien.

Der Antrag auf Verlesung und Besprechung wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt. Die Beantwortung der Anfrage erfolgt schriftlich. (Schluß).

- - -



## Wiener Gemeinderat (Nachlese)

=====

Wien, 19.6. (RK) Ohne Debatte nahm der Wiener Gemeinderat Freitag in seiner Sitzung 54 Tagesordnungspunkte an. Dazu gehört die Errichtung einer zwölfklassigen Hauptschule in der Jochbergengasse im 21. Bezirk (Kosten 31,5 Millionen Schilling), die Errichtung eines Kindertagesheimes im 23. Bezirk in der Marktgemeindegasse (9,5 Millionen Schilling) sowie die Errichtung von zwei automatischen Verkehrsampeln in der Viktor Kaplan-Straße mit zusammen 580.000 Schilling.

Außerdem wurde beschlossen, daß die Stadt Wien sich mit Zinsenzuschüssen von 1,75 Prozent pro Jahr an der "Wiener Fremdenverkehrskreditaktion 1970" beteiligt und für einen Kredit, den die Kongregation der Barmherzigen Schwestern von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien erhält, Zinsenzuschüsse von vier Prozent pro Jahr leistet.

Der Gemeinderat genehmigte weiter den Wirtschaftsplan des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien für das Wirtschaftsjahr 1970/71, bewilligte im Rahmen der Sportförderung 3,8 Millionen Schilling für eine Reihe von Sportorganisationen und genehmigte mehrere Anträge auf Grundstückstransaktionen.

- - -

## wiener gemeinderat (zusammenfassung)

10 wien, 19.6. (rk) fast einen kuerzerekord stellte die sitzung des wiener gemeinderates am freitag auf. nach wenig mehr als einer stunde war die beratung der 58 geschaeftsstuecke umfassenden tagesordnung abgeschlossen. allerdings gab es nur zu vier punkten eine debatte. gr. dr. s c h m i d t (fpoe) verlangte im zusammenhang mit einer flaechenwidmungsplanaenderung fuer die grossen bauvorhaben der republik oesterreich im bereich vordere und hintere zollamtsstrasse, die dabei vorgesehene zahl der parkplaetze zu erhoehen. zur neuen stadionbeleuchtungsanlage klaerte gr. herbert m a y r (spoe) auf grund einer kritik von gemeinderat dr. t u m a (dfp) auf, dass es sich bei dem gemeinderatsbeschluss um die finanzierung eines von der stadthalle durchgefuehrten projektes handle.

gr. r o s e n b e r g e r (spoe) unterstrich im zusammenhang mit der subvention von 600.000 schilling fuer das kommunalwissenschaftliche dokumentationszentrum, dass dieses durch seine bibliographische dokumentation, planungsarbeiten, statistik und kommunalwissenschaftliche information wertvolle arbeit leiste. zum ankauf von grundstuecken auf dem bisamberg bemaengelte gr. dr. h a b l (oevp) das fehlen eines langfristigen erholungskonzeptes. buergermeister m a r e k teilte in diesem zusammenhang mit, der generaldirektor der bundesforste habe veranlasst, dass die verwendung von giftstoffen im wienerwald eingestellt werde. ausserdem haben sich die bundesforste bereit erkluert, in der umgebung wiens wiesenflaechen gegen eine geringe pachtgebuehr fuer erholungszwecke zur verfuegung zu stellen.

die dringliche behandlung einer anfrage der dfp wegen eines angeblichen versagens der wiener wahlbehoerden wurde vom gemeinderat abgelehnt.

jubilaeumssausstellung "100 jahre franz josefs-bahn" eroeffnet

9 wien, 19.6. (rk) aus anlass des 100jaehrigen bestandes der franz josefs-bahn am 23. juni wurde freitag im wiener bahnhofs-gebaede der franz josefs-bahn eine sonderausstellung eroeffnet, die den titel "100 jahre franz josefs-bahn wien - eggenburg" traegt.

als ehrengaeste waren zu diesem festakt unter anderem der dritte nationalratspraesident otto p r o b s t sowie der bezirksvorsteher des 9. bezirktes karl s c h m i e d b a u e r erschienen.

die ausstellung, die vom heimatmuseum alsergrund in zusammenarbeit mit dem eisenbahnmuseum gestaltet wurde, zeigt die gesamte entstehungs- und entwicklungsgeschichte dieser bahnlinie. zahlreiche exponate wie modelle von zugsgarnituren, alte fahrplaene und signalanlagen sowie diverse einrichtungen des einstigen bahnhofbetriebes vermitteln dem besucher einen lebendigen eindruck.

die ausstellung ist vom 19. juni bis 28. juni taeglich von 9 bis 12 und von 14 bis 19 uhr geoeffnet.

1252

beethoven-ausstellung:

10.000. besucher - eine australierin

12 wien, 19.6. (rk) eine 31jaehrige kindergaertnerin aus der australischen stadt adelaide war der 10.000. besucher der beethoven-ausstellung "die flamme lodert". vizebuergermeister gertrude sandner ueberreichte der jugen dame, die in begleitung einiger landsleute in die ausstellung gekommen war, den bildband "biedermeier in oesterreich" und zwei beethovenbuecher. sie unterhielt sich mit miss deirdre culleney laengere zeit in englischer sprache, wobei sich der gast aus australien leicht erstaunt zeigte, dass die besucher der ausstellung zum ueberwiegenden teil auslaender sind und sich nicht allzuviele wiener darunter-mischen.

die beethoven-ausstellung (sie ist bis zum 30. august taeglich ausser montag von 9 bis 19 uhr geoeffnet) verzeichnet ihren 10.000. besucher nach 22 ausstellungstagen. im uebrigen ist die bezeichnung "10.000. besucher" ein wenig irrefuehrend: miss culleney erhielt zwar die 10.000. eintrittkarte, in wirklichkeit duerfte die zahl der besucher etwas niedriger liegen. viele menschen kommen naemlich nach dem ersten besuch noch oefter, um in ruhe in den abhoernischen beethovens werke zu hoeren, deren technische wiedergabe einhellig mit dem praedikat "konzertqualitaet" gewuerdigt wird. ein franzoesischer kunststudent kommt seit mehr als einer woche sogar taeglich.

1447

preisguenstige gemuese- und obstsorten

11 wien, 19.6. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: erbsen 6 schilling, heurige 3 bis 4 schilling je kilogramm, grundsalat 1,50 schilling je stueck.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2, ital.) 5 bis 6 schilling, kirschen 8 schilling, bananen 8 bis 9 schilling je kilogramm.

1416